

## **Bündnis 90 / Die Grünen Mülheim an der Ruhr**

### **Programm zur Kommunalwahl 2009**

#### **Bildung – von Anfang an!**

Früh fördern statt spät reagieren

Wir wollen die Kindertageseinrichtungen zur ersten Bildungsstufe entwickeln. Dabei geht es um die spielerische und altersgerechte Förderung der Kinder. Sprachförderung ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schul- und Berufsausbildung.

Kinder wollen lernen. Die Freude am Lernen erhalten und fördern, ist Auftrag aller Bildungseinrichtungen. In der Primarstufe heißt dies, frühzeitiges Erfassen des individuellen Förderbedarfs der Kinder durch geeignete Tests und Zusatzangebote für verschiedene Bereiche der Lernentwicklung. Dabei ist es besonders wichtig, nicht nur die Defizite zu beheben, sondern auch die Begabungen jedes Einzelnen zu fördern!

Die Schulen in Deutschland haben bei internationalen Vergleichen nicht besonders gut abgeschnitten. Nirgendwo ist die Herkunft der Kinder für ihren Schulerfolg so entscheidend, wie in der Bundesrepublik.

Inzwischen ist es in großen Teilen der Gesellschaft angekommen: Unsere Schulen sortieren die SchülerInnen zu früh: Es gibt nicht nur das dreigliedrige Schulsystem und parallel dazu die Gesamtschule, wir haben außerdem noch verschiedene Arten von Förderschulen.

Die Zukunftsschule in Eppinghofen ist eine Vergangenheitsschule!

In dem geplanten Konzept einer Zukunftsschule in Mülheim ist als weiterführende Schule eine Hauptschule vorgesehen. Dies halten wir für nicht mehr zeitgemäß und am Elternwillen vorbei geplant. Es handelt sich nicht um eine Zukunfts- sondern um eine Vergangenheitsschule!

Viele Punkte des Projekts sind durchaus sinnvoll, z. B. die Vernetzung von KiTa's, Jugendamt, Sozialarbeit und Schule. Dies ist jedoch nicht von einer millionenschweren Investition in Schulbauten abhängig.

Bündnis 90/Die Grünen wollen für alle Kinder eine frühe Förderung schon in der Kindertagesstätte. Eine zukunftsweisende Schule im grünen Sinne soll über den Primarbereich hinaus möglichst lange gemeinsames Lernen ermöglichen. Besonders wichtig ist uns dabei, dass jedes Kind nach seinen Fähigkeiten angemessen gefordert und gefördert wird.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass für die Mehrheit der Kinder in Eppinghofen die Hauptschule die einzige Schule der Wahl sein soll. Bündnis 90/Die Grünen haben deshalb das **vorliegende** Konzept der Zukunftsschule abgelehnt.

Die Schule der Zukunft ist eine Schule für alle!

Gemeinsames Lernen fördert soziale Kompetenzen. Wir sprechen uns für einen gemeinsamen Bildungsweg als Lebens- und Lernort für alle Kinder bis zur 10. Klasse aus. Die Gelder, die für das „Sitzen bleiben“ und „Abschulen“ aufgewandt werden, sollen sinnvoller investiert werden!

In einer „Grünen Schule der Zukunft“ wollen wir Integration in einem umfassenden Sinne ermöglichen. Wir setzen auf die Wertschätzung der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen sowie auf individuelle Förderung anstelle einer „begabungsgerechten“ Auslese. Kein Kind darf in unseren Bildungsinstitutionen beschämt, keines zurückgelassen werden!

Gute Schulen werden vor Ort gemacht — und nicht im Düsseldorfer Schulministerium verordnet. Wir Grüne wollen, dass sich die Stadt Mülheim weit über ihre eigentlichen Aufgaben als Schulträger hinaus für unsere Schulen engagiert. Wir Grünen unterstützen die Forderung, kommunale Kompetenzen in der Schulpolitik auszuweiten, um auf diesem Weg eine engere Verzahnung von Schule, Jugendhilfe und sozialen Angeboten im Rahmen regionaler Bildungslandschaften zu ermöglichen.

Wir wollen Chancengleichheit und bessere Leistungen in unserem Bildungssystem erreichen. Die skandinavischen Länder machen uns vor, dass dies zwei Seiten einer Medaille sein können. Deshalb wollen wir das gegliederte Schulsystem überwinden und eine Schule für alle Kinder schaffen — hierbei schließen wir Kinder mit Behinderungen ausdrücklich ein. Wir unterstützen alle Entwicklungen, die das längere gemeinsame Lernen aller Kinder zum Ziel haben.

Die Schule der Zukunft ist eine „echte“ Ganztagschule!

Ein wichtiges Ziel Grüner Kommunalpolitik ist der Ausbau der Ganztagschulen. Mehr Raum und Zeit für gemeinsames Lernen und Leben in der Schule tut Kindern gut und fördert vor allem auch Kindern, die zuhause wenig Unterstützung erfahren. Deshalb muss die offene Ganztagschule weiter ausgebaut und qualitativ verbessert werden. Es muss ein kommunalpolitisches Ziel sein, zukünftig auf die Elternbeiträge in der offenen Ganztagschule zu verzichten. Die qualitative Verbesserung der offenen Ganztagsgrundschulen und der zügige Ausbau von Ganztagsangeboten in den weiterführenden Schulen sind wichtige Aufgaben für die nahe Zukunft. Langfristig sollen sich diese Schulen zu „echten“ Ganztagschulen weiter entwickeln. Ein war-

mes Mittagessen, an dem alle Kinder und Jugendlichen teilnehmen können, muss zu einer Selbstverständlichkeit an allen Schulen werden."

### Bildungskooperationen fördern

Schulen brauchen die Unterstützung aller. Wir fordern eine geregelte Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen und zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen.

Regelmäßige kommunale Bildungsberichterstattungen über die Entwicklung der Übergänge und Abschlüsse sind die Voraussetzung für gezielte, zeitnahe und unabhängige Hilfen. Eltern sind in alle Kooperationen einzubinden.

### Fördern statt verwahren

Die Mülheimer Grünen wollen verlässliche und qualitativ gute Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche. Die Aufgaben von Erzieherinnen und Erziehern geht weit über Betreuung hinaus. Ihre zunehmende Verantwortung für Bildung und Entwicklung muss sich in gesellschaftlicher Würdigung und einer leistungsgerechten Bezahlung widerspiegeln. Die offene Ganztagschule muss ausgebaut werden, das Angebot soll allen Eltern, die das für ihre Kinder wünschen, offen stehen. Dabei geht es nicht nur um Betreuung, sondern auch um Bildung und Förderung: Sportliche und musische Entwicklung, gesunde Ernährung, kulturelle Angebote, Schülerfirmen und Projekte werden durch die zusätzliche Zeit in der Schule möglich. Die Kürzung der Betreuungskräfte bei mehr als einer Gruppe pro Schule war falsch und soll zurück genommen werden. Langfristig wollen wir „echte“ Ganztagschulen!

„G 8“ – nicht auf Kosten der Schülerinnen und Schüler!

Auch auf kommunaler Ebene werden wir die Folgen und Konsequenzen aus dem G 8, der Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre schnellstmöglich angehen müssen. So werden 2013 zwei komplette Abiturjahrgänge gleichzeitig ihren Schulabschluss machen. Die Landesregierung muss endlich die Konsequenzen aus ihrer verfehlten Schulpolitik ziehen und ausreichend Studienplätze für diese SchulabgängerInnen schaffen. Wir brauchen vor Ort aber eine Initiative um Ausbildungsplätze in ausreichendem Maße für diese Jugendlichen vorzuhalten. Da diese nicht spontan entstehen werden, wollen wir einen solchen Prozess mit Arbeitgeber- und Unter-

nehmerverbänden, Gewerkschaften aber auch den Vertretungsgremien der Jugendlichen unverzüglich nach der Wahl einleiten.

Die Jugendlichen die schon unter den neuen Bedingungen lernen (Schuljahr 2009/2010 sind dies die Klassen 5-9) brauchen auch einen verlässlichen Rahmen um mit der Unterrichtsverdichtung fertig zu werden. Sollten einzelne Tage an allen Schulen in Ganztage, also mit Unterricht am Nachmittag durchgeführt werden sprechen wir uns für eine Abstimmung aller Schulen in Mülheim aus. Denn nur so kann weiterhin eine Teilhabe an Freizeitaktivitäten und Sozialem Engagement über Schulgrenzen hinweg in Vereinen, Initiativen, Kirchen und Verbänden in heutigem Umfang gesichert sein.

### Vorbeugen statt herumdoktern

Kinder brauchen gesunde Ernährung, ausreichend Bewegung und kinderfreundliche Strukturen zum guten Gedeihen. Der Bereich der Suchtprävention muss an den Schulen und den Elternhäusern in Zusammenarbeit mit Beratungsstellen intensiviert werden. Wir stehen für die Förderung einer umweltbewussten Lebensführung. Dies sollte in Schulprojekten gefördert werden.

### Demokratie statt Bevormundung

Uns ist es wichtig, die demokratischen und solidarischen Kompetenzen der SchülerInnen zu entwickeln und zu fördern. Der Jugendstadtrat, der in der letzten Ratsperiode eingeführt wurde, hat sich seit seiner Gründung als effektives Gremium erwiesen. Wir wünschen uns für die Zukunft eine höhere Wahlbeteiligung – die wird sich bald einstellen, wenn klar wird, dass die Vertretung der Jugendlichen echte Kompetenzen erhält. Auf Wunsch sollen die Mitglieder des Jugendstadtrats an Sitzungen aller anderen Gremien beratend teilnehmen können.

Die Mitwirkung von SchülerInnen wollen wir stärken: Die SchülerInnenvertretungen (SV) sollten sich zu allgemeinpolitischen Themen äußern können und über ein eigenes Budget verfügen. Außerdem sollten sie an allen Entscheidungsprozessen im Schulalltag und in der Schulentwicklung beteiligt werden. Wir fordern die Mitwirkung von Eltern- und SchülervorteilerInnen im Schulausschuss der Stadt.

## Bündeln statt vereinzeln

Durch die Zusammenlegung der kaufmännischen Schulen und des Berufskollegs Stadtmitte soll ein zukunftsfähiges Berufsschulzentrum in zentraler Lage entstehen. Langfristig sollen bei dem prognostizierten Rückgang der Schülerzahlen Oberstufenzentren die Vielfalt der Angebote in der Sekundarstufe II sicher stellen.

## Ausbildung statt Arbeitslosigkeit

Jugend braucht Ausbildung, deshalb werden wir alle Maßnahmen der Sozialagentur unterstützen, die Jugendliche in Ausbildung bringen kann. Ein Schulabschluss ist die beste Versicherung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schule lässt sich der Übergang von der Schule ins Berufsleben besser gestalten.

## Finanzierung

Manche unserer Forderungen sind sehr teuer, andere kosten gar nichts. Das Geld darf aber kein Argument sein: Nichts ist teurer, als Jugendliche, die der Gesellschaft verloren gehen! Dabei darf sich auch das Land nicht aus seiner Verantwortung stellen: Es werden immer neue Aufgaben auf die Kommunen verlegt, ein Beispiel ist die unzureichende Finanzierung der offenen Ganztagschule. Stattdessen werden sogar Gelder gekürzt, wie beim Wegfall der Landeszuschüsse für nicht ausreichende Elternbeiträge bei Kindergartenplätzen. Nach Protesten der Kommunen empfahl die schwarz-gelbe Landesregierung den Kommunen, die Elternbeiträge zu erhöhen! Bündnis 90/Die Grünen wollen kostenfreie KiTa-Plätze für gering Verdienende und langfristig für alle Kinder!